

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Behauptungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Seitungspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post 2.- Mark ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72206
Postkontonummer Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 72206

Inseratenpreise: Die 10spalt. Kolonelle 30 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfg., Familienanzeigen von Privatpersonen die 10spalt. Kolonelle 15 G.-Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw. die 10spalt. Kolonelle 35 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 40 G.-Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Ein englisches Memorandum.

Für die Räumung der Kölner Zone.

XX. Paris, 8. Mai.

Der englische Botschafter Lord Crewe hat, wie erst jetzt bekannt wird, ein Memorandum über die Auffassung der britischen Regierung in der Frage der deutschen Abrüstung und der Räumung der Kölner Zone dem Pariser Auswärtigen Amt vorgesetzt am Abend überreicht. Die zuständigen Sachverständigen am Quai d'Orsay haben das Schriftstück sofort geprüft und mit der Ausarbeitung eines Gegenentwurfes begonnen. Der Ministerrat wird sich am Sonntagabend mit beiden Dokumenten zu befassen haben. Obwohl weder aus dem englischen Memorandum noch aus dem französischen Gegenentwurf Einzelheiten mitgeteilt werden, kann an Hand der verfügbaren Informationen auf weitgehende englisch-französische Meinungsverschiedenheiten geschlossen werden. Nach dem Petit Journal schlägt die britische Regierung vor, Deutschland schon jetzt ein festes Datum für die Räumung der Kölner Zone mitzuteilen, und zwar den 16. August, den die Londoner Konferenz als den äußersten Zeitpunkt für die völlige Räumung des Ruhrgebietes bestimmt hat. Die deutsche Regierung soll nach dem englischen Vorschlag im übrigen lediglich aufgefordert werden, die Bedingungen der Alliierten für die Abrüstung vor diesem Zeitpunkt zu erfüllen. Die französische Auffassung gehe dagegen dahin, daß im gegenwärtigen Augenblick noch kein bestimmter Zeitpunkt für die Räumung des Kölner Gebietes angegeben werden dürfe. Die Verbündeten sollten Deutschland vielmehr eine Liste der von der Kontrollkommission ermittelten Verstöße überreichen und sich auf die Feststellung beschränken, daß die Kölner Zone an dem Tage geräumt werde, an dem Deutschland die Abrüstungsauflage voll erfüllt habe. Der Botschafterkonferenz am nächsten Dienstag sei es vorbehalten, einen Ausgleich zwischen diesen beiden Auffassungen herbeizuführen.

Diese Angaben des Petit Journal finden sich auch in einem Teil der übrigen Presse. Alle Blätter geben der Hoffnung Ausdruck, daß eine Verständigung zwischen Großbritannien und Frankreich erzielt werden möge.

Aus dem Generalbericht des Generals Balfour und den Schlussfolgerungen des Marshall's Foch sollen sich nach dem Echo de Paris die folgenden drei Tatsachen ergeben: 1. daß die Reichswehr lediglich einen Rahmen für die Generalmobilisierung der gesamten deutschen Jugend bilde; 2. daß das Oberkommando der früheren kaiserlichen Armee in einer anderen Form neu gebildet werden sei; 3. daß die deutsche Industrie im Laufe eines einzelnen Jahres in der Lage sei, ebenso umfangreiche Kriegsmaterialien herzustellen, wie sie Deutschland zur Zeit des Waffensstillstandes 1918 besessen habe.

Schwierigkeiten in Genf.

Rüstungsmonopol der Großmächte?

SPD. Genf, 7. Mai.

Der bisherige Verlauf der Aussprache auf der Waffenhandelskonferenz zeigt bereits Schwierigkeiten, die sich dem erfolgreichen Abschluß eines Abkommens entgegenstellen. Die Vertreter der Kleinstaaten befürchten, daß das Abkommen zu einem Monopol der Großmächte wird, und daß die Staaten ohne Waffenindustrie in Abhängigkeit von den waffenzeugenden Ländern geraten. Der englische Vorschlag, bestimmte Gebiete als Speerzonen für Waffeneinfuhr zu erklären, hat bereits den Protest Belgiens hervorgerufen, das eine solche Maßregel als Beeinträchtigung seiner Souveränität ansieht. Ebenso verurteilt die Ablehnung Russlands Schwierigkeiten, da der Entwurf eines Abkommens die Ratifizierung durch zwölf Großmächte, darunter Rußland, vorsieht. Die technische Arbeit der Konferenz ist jetzt drei Kommissionen übertragen, welche die technische, juristische und finanzielle Seite des Problems bearbeiten sollen. Neben ihnen wurden noch besondere Ausschüsse für Meer, Flotte und Luftschiffahrt eingesetzt.

SPD. Paris, 7. Mai.

Die Haltung der deutschen Delegation auf der Waffenhandelskonferenz des Völkerbundes in Genf bezeichnet der Sonderberichterstatter der Information als eine der bemerkenswertesten Tatsachen der Tagung. Das offenkundige Bestreben der deutschen Delegierten, mit den Vertretern aller Länder, Frankreich nicht ausgenommen, in gutem Einvernehmen zusammenzuarbeiten, habe zu zahlreichen Kommentaren in den Wandelgängen des Völkerbundssekretariats Anlaß gegeben. Zwar habe der französische Delegierte Paul Boncour in seiner Rede zuerst den Wunsch nach einer erfolgreichen Zusammenarbeit ausgesprochen, doch sei es immerhin beachtenswert, daß sein Entgegenkommen nicht zurückgewiesen worden sei. Wenn auch die offiziellen Erklärungen der deutschen Delegation nicht viel mehr als eine diplomatische Höflichkeit darstellten, so sei es doch ein erfreuliches Zeichen, daß die erste Rüstungsabnahme zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Boden des Völkerbundes sehr herzlicher Natur gewesen sei.

Noch keine Klärung in Preußen.

Gründung einer neuen Partei?

Der Sozial. PresseDienst schreibt: Am Freitag nachmittag wird im Preussischen Landtag die Entscheidung darüber gefällt werden, ob das preussische Volk Mitte Juni zur Wahlurne schreiben und ein Urteil über die verzerrende Handlungsweise der Rechtsparteien abgeben soll. Vor diesem Urteil fürchten sich sowohl die Deutschnationalen wie die Volksparteier. Wäre es anders, dann hätten sie die abschlägige Frist vor der Abstimmung nicht zu einem geschmacklosen Aufschub benutzt, dessen Sinn die Verhinderung von Neuwahlen in Preußen war. Sie reden fortgesetzt von Klarheit, aber in Wirklichkeit ist ihr Wille, jene Klarheit, welche der preussische Ministerpräsident Braun im Interesse des Landes jetzt unter allen Umständen schaffen will, zu hintertreiben und an die Stelle einer harten Regierung ein unfähiges Beamtenkabinett zu setzen. Wir sind überzeugt, daß die Rechte ihre Intrigen bis zum letzten Augenblick fortsetzen wird, aber wir glauben ebenso auch an die Entschlossenheit des preussischen Ministerpräsidenten, der dem Theaterstück endlich ein Ende machen will. „Vertrauen oder Auflösung“ bleibt weiterhin die Parole der Regierungsparteien. Es gibt nur das Eine oder Andere! Wäre es nicht so, dann würde in absehbarer Zeit doch der Augenblick kommen, wo jene Klarheit, die jetzt verhindert werden soll, endgültig herbeigeführt werden muß. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist man eben im Begriff, eine neue Partei zu schaffen und so das Durcheinander noch mehr zu vergrößern. Es verlaute sogar, daß der Aufruf dieser neuen Partei bereits fertiggestellt ist und in den nächsten Tagen erscheinen wird. Dieses Parteigebilde dürfte in erster Linie aus einem Haufen unzufriedener Politiker bestehen, die entweder der Demokratischen Partei oder der Deutschen Volkspartei den Rücken zu kehren gedenken. Den Einen steht die Demokratische Partei zu weit links und den Anderen die Volkspartei zu weit rechts. Alles in allem soll dieser Unzufriedenheit durch die Gründung einer Liberalen Volkspartei Ausdruck gegeben werden, der neben Herrn Fischer aus der Demokratischen Partei bekannte Persönlichkeiten der Volkspartei angehören dürften.

Gerade die letzte Mitteilung über die Pläne zur Gründung einer neuen Partei bestätigt, daß es außer den Deutschnationalen und den Deutschen Volksparteiern auch noch andere Kreise gibt, die Gegner der Neuwahlen und der Klärung unter allen Umständen sind. Außerdem wird aus Berlin gemeldet, daß auch gestern wieder die Verhandlungen zwischen Rechtsparteien und Zentrum fortgesetzt worden sind. Zu einem Abschluß des Ruhandels ist man noch nicht gekommen. Da aber die Zentrumsleute anscheinend alle Anstrengungen machen, die „große Volksgemeinschaft“ zustande zu bringen, sollen die Verhandlungen noch weiter geführt werden. Heute vormittag treten alle Fraktionen, sowie der Ausschuss des Landtages zusammen. Auch der sogenannte Aufschubauschuss wird zusammengetreten. Nach Lage der Dinge steht aber noch keineswegs fest, daß heute die endgültige Entscheidung unbedingt fällt.

SPD. Berlin, 8. Mai. (Radio.)

Die Fraktionen des preussischen Landtages halten heute vormittag sämtliche Sitzungen ab, um zur bevorstehenden Entscheidung Stellung zu nehmen. Im bürgerlichen Lager haben am Donnerstag zwischen Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei einerseits und dem geschäftsmächtigen Zentrumsmann Dr. Herxheimer andererseits Besprechungen stattgefunden, angeblich über den Gedanken der Bildung eines Kabinetts der großen Volksgemeinschaft. Die Deutschnationalen wollen allerdings, so wird berichtet, nach wie vor in Preußen ein reines Beamtenkabinett ohne parlamentarischen Einschlag. Am 12. Uhr wird der Vorkonferenz des Landtages zusammengetreten. Nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Braun aus München wird auch der Ausschuss der drei Präsidenten des Staatsministeriums, des Landtages und des Staatsrates, der nach Art. 14 der preussischen Verfassung die Auflösung des Landtages beschließen kann, sich über seine Schritte schlüssig werden.

Wiederaufleben der Separatistenbewegung.

SPD. Köln, 7. Mai. (Radio.)

Die bereits kurz nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten aus Köln gemeldete verstärkte Propagandatätigkeit der Rheinlandsbündler hält an. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind gegenwärtig die Kölner Separatisten sehr eifrig dabei, die zerstörten Grundlagen ihrer Organisation wieder aufzubauen. Sie haben sich aus den Sekretariaten in Trier und Koblenz die alten Mitgliedslisten der früheren separatistischen Organisationen verschafft und versuchen, aus diesen Listen die für die separatistische Bewegung ganz zuverlässigen Elemente wieder für sich zu gewinnen. Besonders aktiv in der separatistischen Bewegung ist ein früheres Mitglied der Deutschen Volkspartei, das, nachdem es vergeblich versucht hatte, in der Deutschnationalen Partei unterzukommen, nunmehr für die separatistische Bewegung arbeitet.

Luther reist zu Hindenburg.

Hannover, 7. Mai.

Wie die Telegraphenunion erzählt, wird Reichspräsident Dr. Luther am Sonnabend in Hannover eintreffen, um mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg die letzten Einzelheiten der Amtsübernahme zu besprechen.

Der Konflikt in der ungarischen Sozialdemokratie.

Von unserem ungarischen Korrespondenten.

Die ungarische sozialdemokratische Partei ist von einer schweren inneren Krise heimgesucht, die, wie es zu wünschen wäre, nur zu einer vorübergehenden Spaltung der Partei geführt hat. Vor etwa einem Monat ist die „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“ gegründet worden, nachdem es der von der Internationale nach Wien einberufenen Konferenz der Internationale nicht gelungen war, den inneren Parteistreit wirklich beizulegen. In Wien gaben sowohl die Führer der Partei, als auch die damals noch innerhalb der Partei wirkenden oppositionellen Gruppen beruhigende Erklärungen ab, aber nach Budapest zurückgekehrt liegen es beide Teile an dem guten Willen und an dem demokratischen Geiste der Geduld und der Achtung der Meinungsfreiheit fehlen. So kam es zu einem bedauerlichen, auf beiden Seiten mit vergifteten Waffen geführten Kampf, der die organisatorische Einheit der politischen Partei zerriß und der nun auch schon die Gewerkschaften bedroht. Dieser Ausgang ist nur dann zu begreifen, wenn man sich die recht merkwürdigen Bedingungen vergegenwärtigt, unter denen eine Arbeiterpartei unter dem weißen Terror arbeiten muß. Er besteht auch heute noch, aber er hat mannigfaltige Wandlungen durchgemacht. Alles in allem ist er heute milder als in den Tagen, in denen auf den Straßen der Städte gemordet und auf dem flachen Lande ohne viel Federlesens gehängt wurde. An die Stelle des Nordens und Hängens sind heute Knebelgesetze, grausame Gerichtsurteile getreten. Die Konterrevolution kleidet sich in die Toga der Legalität. Dabei hatte sie in den weitesten Schichten der Gesellschaft, nicht nur in den proletarischen, eine Unzufriedenheit gehetzt, die nicht vollkommen unterdrückt und mundtot gemacht werden kann.

Diese Entwicklung machte sich die Arbeiterklasse der Städte zunutze. Auf dem flachen Lande herrscht noch immer uneingeschränkt der Terror, und eine scharfe Kritik legte erst in den Betriebsversammlungen, dann in den politischen ein. Bald mußte die parlamentarische Fraktion der Sozialdemokratie und auch die Keszava, das Zentralorgan, dieser gewandelten stürmisch hervorbrechenden Stimmung Rechnung tragen und einen schärferen Ton der Regierung Bethlen gegenüber anschlagen.

Diese Wandlung von der Scheinopposition zu einer wirklichen, die das Parlament sprengte. Seit Monaten ist die Nationalversammlung ein Kampffeld. Von Sozialdemokraten und den anständigen bürgerlichen Demokraten gemieden zu werden, war dem Grafen Bethlen sehr unangenehm und der mit allen Salben geschmierte Oligarchenhäuptling aus Siebenbürgen drohte nun der Sozialdemokratie, daß er den mehr als schmachvollen Vertrag veröffentlichen werde, den die sozialdemokratische Parteileitung mit ihm im Jahre 1922 abzuschließen strebte. Wie erinnerlich, wurde dabei das Koalitionsrecht der Landarbeiter, der Eisenbahner, der Staats- und Gemeindearbeiter preisgegeben, indem sich die Partei verpflichtete, diese Arbeitergruppen nicht zu organisieren. Die Partei sagte sich in ihm von den Republikanern im Lande und von der Emigration los und verpflichtete sich, ihre internationalen Verbindungen dem königlich ungarischen Ministerium des Auswärtigen zur Bekämpfung der großherrschaftlichen Propaganda dienlich zu machen. Im großen und ganzen war der Pakt ein Versuch, die sozialdemokratische Partei der Konterrevolution anzugliedern. Um diesen Preis wurde eine größere Bewegungsfreiheit für die industriellen Arbeiter erkaufte, dem Industrieproletariat eine gewisse Elbogenfreiheit und die Möglichkeit, in die Nationalversammlung einzuziehen, erwirkt. Es muß aber festgestellt werden, daß sogar die Urheber des Paktes auf der sozialdemokratischen Seite, die jetzigen Abgeordneten Karl Feyer, Bergarbeitersekretär, Parteisekretär Stefan Farkas, der Redakteur Alexander Propper sich dessen klar waren, daß sie die meisten übernommenen Verpflichtungen nicht einhalten können und wahrscheinlich auch nicht wollten.

Trotzdem war dies ein arger Mißgriff, um so schlimmer, weil die Arbeiter von dem Vertrag Wind bekamen, die Parteileitung ihn aber ständig leugnete, bis sie dann durch die Drohungen Bethlens gezwungen wurde, ihn zu veröffentlichen. Da legte nun innerhalb der Partei eine starke Kritik ein und es wurde verlangt, daß die Urheber des Paktes ihre leitenden Stellungen niederlegen sollen. Der Kampf gegen den Pakt, gegen den Geist, der die Parteiführer beherrschte, und dem sich dann, immer erweiternd, eine scharfe, oft recht persönlich geführte Kritik der gesamten Parteipolitik anschloß, war die Plattform zur Sammlung der sehr zahlreichen, unzufriedenen Elemente. Die Parteileitung schloß nun die Wortführer der Unzufriedenen, den Bauarbeiter Stefan Bági und den gemäßigten Lehrer Heinrich Hadju und viele Arbeiter aus, indem sie sich gleichzeitig von der Politik des Paktes, gegen die die Gemäßigten Sturm liefen, abwandten. In diesem Augenblick erfolgte nun auf Antrag der Emigranten „Bilagosag“ (die die sozialdemokratischen, aber marxistischen Gruppen der Emigranten im Gegensatz zu den Kommunisten und zu den reformistischen Elementen um Ernst Garai